

Skepsis im Hinterland

Am Wochenende wird über eine mögliche Grossfusion abgestimmt. Erwartungen zufolge könnte es vor allem ein Nein aus dem Hinterland geben.

Astrid Zysset

In rund einer Woche steht eine für den Kanton richtungsweisende Abstimmung an. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger können über den Gegenvorschlag der Regierung respektive über eine Grossfusion befinden, welche die bisher 20 Gemeinden auf drei bis fünf zusammenlegen würde, oder über den Eventualvorschlag, der Fusionen auf freiwilliger Basis vorsieht.

Erwartet wird seitens Regierung, dass es im eher progressiveren Vorderland grossmehrheitlich ein Ja zur Grossfusion geben wird. Im Hinterland dürfte das Abstimmungsergebnis Schätzungen zufolge negativ ausfallen. Doch ist diese Annahme berechtigt? Wird das Hinterland die Idee der Grossfusion tatsächlich ablehnen?

Diktat von oben wird nicht gerne gesehen

Für Urnäschs Gemeindepräsident, Peter Kürsteiner, ist diese These nicht abwegig. Gegenüber der Grossfusion ist seiner Auffassung zufolge das Misstrauen in seiner Gemeinde zumindest gross. Nicht nur aufgrund der konkreten Auswirkungen, die in seinen Augen unklar sind. «Der regierungsrätliche Gegenvorschlag kommt Zwangsfusionen gleich. Und das Diktat von oben wird hier nicht gerne gesehen.»

Auch sei der Hinterländer generell eigenständig. Er halte an seiner Autonomie, an seinen bisherigen Strukturen fest. «Hier gibt es Mentalitätsunterschiede zum Vorderland», so Kürsteiner weiter. Entstanden seien sie aufgrund der Topografie und der Kleinräumigkeit. Diese Unterschiede manifestieren sich dahin gehend, dass es im Hinterland beispielsweise weniger Kooperationen und Zweckverbände gebe als im Mittel- oder Vorderland. «Bei uns schätzt man die kurzen Wege, den direkten Kontakt.» Kürsteiner verweist auf den Pumptrack, der vor drei Jahren eröffnet wurde. Der Verein kam auf den Gemeindepräsidenten zu, und dank einer unkomplizierten Zusammenarbeit, wie jener sagt, konnte das Vorhaben innert kurzer Zeit realisiert werden. «Mit einer Grossfusion sind solch schlanke Wege nicht mehr möglich. Für uns kommt das einem Autonomieverlust gleich.»

Fusionen im Kleinen eher befürwortet

Eher kritisch gegenüber einer Grossfusion ist man auch in Stein eingestellt. «Ein Teil der Bevölkerung sieht die Vorteile eines solchen Zusammenschlusses nicht», sagt Gemeindepräsidentin Petra Hanel Sturzenegger. Eine grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber einzelnen Fusionen könne sie allerdings nicht feststellen. Doch diese müssten bedacht und die Auswirkungen klar er-



Der Wunsch nach Autonomie sei nach allgemeiner Einschätzung im Hinterland grösser als in den übrigen Kantonsgebieten.

Bilder: zvg



Peter Kürsteiner ist Gemeindepräsident in Urnäsch.



Petra Hanel Sturzenegger ist Gemeindepräsidentin in Stein.



Ueli Frischknecht ist Gemeindepräsident in Schwellbrunn.



Thorsten Friedel ist Gemeindepräsident in Schönengrund.

sichtlich sein. «Die Menschen fühlen sich mit unserem Dorf verbunden und überlegen darum genau, wohin der Weg füh-

ren soll», so Hanel Sturzenegger weiter.

Der 1400-Seelen-Ort gilt als eine der finanzstärkeren Ge-

meinden im Hinterland. Wenn man wählen könnte – wäre das eine Fusion mit Teufen nicht der vordergründige Wunsch? Die

Steiner Gemeindepräsidentin hält sich zu dieser Frage bedeckt. Zusammenarbeiten mit Teufen bestünden bereits, führt

sie aus, doch könnte jene Gemeinde bei der 3-5er-Variante auch eigenständig bleiben. Und mit dem übrigen Mittelland habe Stein keine geografischen Berührungspunkte. Da wäre gemäss Hanel Sturzenegger die Fusion mit dem Hinterland nahe liegender.

Fusion mit Herisau wird angestrebt

Ueli Frischknecht, Gemeindepräsident in Schwellbrunn, führt aus: «Fusionen werden bei uns nicht per se abgelehnt. Die Menschen sind im Grundsatz offen gegenüber Veränderungen.» Der Gegenvorschlag der Regierung werde aber auch hier kritisch beurteilt. Einerseits, da die Auswirkungen nicht klar seien, andererseits komme dieser Vorschlag in den Augen vieler Bürgerinnen und Bürgern der Zwangsfusion gleich. Und Zwang führe nicht unbedingt zu Verbesserungen, so Frischknecht. «Die Freiheit selber über die Zukunft unserer Gemeinde bestimmen zu können, ist ein hohes Gut.»

Im Rahmen der Vernehmlassung zu den Gemeindestrukturen im Frühjahr 2021 unterstützten der Schwellbrunner Gemeinderat und auch die Ortsparteien den Vorschlag der Verfassungskommission, dass die Gemeindenamen aus der Verfassung gestrichen werden. Schwellbrunn gab eine Zusammenlegung mit Herisau als mögliche Variante an. Vor 375 Jahren wurden diese beiden Gemeinden einst getrennt, nach wie vor orientiere sich die Mehrheit der Schwellbrunner Bevölkerung nach Herisau. Frischknecht: «Wir sollten selbst bestimmen können, mit wem wir uns zusammenschliessen.»

Hinterländer braucht vielleicht mehr Sicherheit

In Schönengrund ist von einem breiten Widerstand gegen die Grossfusion nichts zu spüren. Gemeindepräsident Thorsten Friedel hat zumindest von einer generellen Abneigung, wie er sagt, nichts mitbekommen. Die Unsicherheit, was genau die Auswirkungen eines Ja für den Gegenvorschlag sind, mache den Bürgerinnen und Bürgern allerdings zu schaffen. Ist denn die Annahme, dass die vorgeschlagene Grossfusion vor allem im Hinterland abgelehnt wird, unbegründet? «Anfangs hegte ich die Befürchtung auch», so Friedel. «Mittlerweile muss ich aber feststellen, dass sich die Bevölkerung sehr differenziert mit der Abstimmungsvorlage auseinandersetzt.» Er winkt ab: «Auch im Hinterland ist es nicht so, dass man partout zu allem Nein sagt.»

Aber vielleicht brauche man hier einfach eine Sicherheit mehr. Und mit einer Abstimmungsvorlage, die viele Unsicherheiten beinhaltet, so Friedel weiter, könnte der Widerstand am Schluss doch so gross sein, dass es ein knappes Resultat wird.

Ein doppeltes Nein: Die GLP-Abweichlerin

Es gibt aber nicht nur Widerstand gegen die Grossfusion oder gegen den Eventualvorschlag. Ein Teil der Bevölkerung entscheidet sich auf für ein doppeltes Nein an der Urne. Eine von ihnen ist GLP-Kantonsrätin und Einwohnerrätin Regula Ritter aus Herisau. Sie stimmt zwei Mal Nein, wie sie mittels Stimmentzettel auf ihrem Instagramprofil zeigt. «Als das Thema Gemeindefusionen im Kantonsrat beraten wurde, war ich noch nicht gewählt. Meine Wählerinnen und Wähler haben aber ein Recht darauf, zu erfahren, wie ich stimme», erklärt Ritter. Weder der Verfassungstext von «3-5» noch derjenige der Eventualvorlage vermögen sie abschliessend zu überzeugen. Falls es an der Urne ein Doppel-Ja geben sollte, sei sie für die Eventualvorlage. «Der Gegenvorschlag für die Verfassungsänderung

seitens der Regierung ist zu radikal und entspricht nicht der liberalen Tradition unserer Kantonsverfassung mit einer ausgeprägten Kultur der Gemeindeautonomie», erklärt Ritter ihr erstes «Nein». Die Eventualvorlage ist für sie zu zahm. «Die Eventualvorlage schafft keine verfassungsrechtlichen Möglichkeiten, Fusionen bei ausgewiesenem Bedarf durch den Kanton anzuordnen. Es besteht eine grosse Wahrscheinlichkeit, dass nichts passiert», begründet die Politikerin ihr zweites Nein. Jede der heutigen «Ortsgemeinden» soll bei Fusionen nicht nur mitwirken, sondern auch mitentscheiden dürfen bei der Erarbeitung eines Fusionsvertrages auf dem Weg zu 3-5 grösseren «politischen Gemeinden». Diesen Weg haben auch die vier ehemaligen Hinterländer Kirchgemeinden Herisau, Waldstatt,

Schwellbrunn und Schönengrund gewählt, als sie sich im Januar 2018 unter dem Titel «Kirchenpark – die Zukunftswerkstatt» aufmachten zur Fusion. Die Zustimmung zur Fusion betrug damals im Schnitt über die vier Gemeinden knapp 85 Prozent. Sie verstehe nicht, warum der Gegenvorschlag der Regierung diese Möglichkeit ausschalten wolle. «Die Gemeindeautonomie sollte nur dann verletzt werden dürfen, wenn es zwingende, gesetzlich geregelte Gründe gibt – und sicher nicht am Anfang eines Zukunftsprozesses», sagt Ritter. Sie sehe definitiv Handlungsbedarf beim Thema Gemeindefusionen, aber: «Nur deswegen zu zwei in meinen Augen unausgewogenen Verfassungsartikeln Ja zu sagen, ist nicht mein Stil.» Vielmehr würde sie ein Modell nach dem Beispiel der Kantonsverfas-

sung Bern, Artikel 108, begrüssen. Dieser Artikel schafft laut Ritter auf Verfassungsebene und – nur im Ausnahmefall – die Möglichkeit für Zwangsfusionen. Ritter hält fest, dass dieser Artikel in Bern zwar noch nie habe angewendet werden müssen, aber innerhalb von zwanzig Jahren zu insgesamt 45 freiwilligen Gemeindefusionen mit 108 involvierten politischen Gemeinden geführt habe. Falls der Gegenvorschlag der Regierung zur Bildung von 3 bis 5 Gemeinden durchkommt, hätte das Parlament laut Ritter auf Verfassungsstufe keine Handlungsmöglichkeiten mehr. «Dann gilt es, ein möglichst gutes Fusionsgesetz zu machen. Das wäre wiederum eine langjährige Herkulesaufgabe für unseren Regierungs- und Kantonsrat mit ungewissem Ausgang», hält sie fest. (rak)